Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postscheck Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung f. die Woche v. 28. 10. — 3. 11. 4550 Millionen, durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt 5 Milliarden auf dem Lande 5 Milliarden, durch die Post monatlich entsprechend. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis für die 6gespaltene Raumzeile 100 Mk. mal Wochen-Schlüsselzahl (Woche v. 28. 10.—3. 11. 15 000 000) Reklamezeile 250 Mk. mal Wochen-Schlüsselzahl, amtliche Anzeigen, die 2gespaltene Korpuszeile 200 Mk. mal Wochen-Schlüsselzahl. Nachweisungs-Gebühr 100 Mk. mal Wochen-Schlüsselzahl. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 127 — 1923 — 82. Jahrgang. Dienstag / Mittwoch 30. / 31. Oktober

Wegen des Reformationsfestes erscheint die nächste Nummer dieser Zeitung nicht am Mittwoch, sondern schon Dienstag nachmittag zur üblichen Stunde.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat wegen der Vorgänge in Aachen, Bonn und in der Pfalz bei den Regierungen der alliierten Mächte Protest erhoben.
* Die Bahntarife werden von Montag ab um das Vierfache erhöht.

Poincarés Gegenzug.

Poincaré ist ein politischer Taktiker allerersten Ranges. Nie um einen Umweg, einen Ausweg verlegen, verliert er bei seinen taktischen Seitensprüngen, bei seinem Ausweichen und scheinbaren Rückzug niemals das strategische Ziel aus dem Auge. Neben natürlicher Begabung hilft ihm aber die kräftigste Stütze, die ein Staatsmann haben kann, die willige Gefolgschaft eines geschlossen hinter ihm stehenden Volkes.

Die französische Regierung hat Instruktionen nach London gesandt, die den französischen Botschafter zu der Erklärung ermächtigen, daß Frankreich die Einberufung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bezüglichen Verhältnisse annimmt, falls die Vereinigten Staaten an diesen Beratungen teilnehmen. Diese Sachverständigenkommission müsse aber durch die Reparationskommission ernannt werden.

Das eben ist Poincarés Taktik, wenn er jetzt der englischen Anregung, eine Sachverständigenkommission oder -konferenz zur Prüfung der französischen Leistungsfähigkeit Deutschlands zu bilden, nachgibt, sofort aber an seine Einwilligung Bedingungen knüpft. Das tut er immer, blufft wie immer die ganze Welt, stellt als eine Nachgiebigkeit, als ein Aufgeben französischer Rechte dar, was alle Welt einfach als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet, als etwas, was aus dem Versailler Frieden resultiert. Für Poincaré ist so etwas immer ein „Opfer". Wofür er sofort Konzessionen von der anderen Seite verlangt und einheimst.

So hat er auch diesmal wieder zunächst gefordert und erreicht, daß die Sachverständigenkommission von der Reparationskommission ernannt werden soll. Was nicht gerade der Absicht des amerikanischen Staatssekretärs Hughes in seiner Rede vom 30. Dezember vergangenen Jahres entspricht, in der er die Politiker von dieser neuen Kommission ausgeschaltet und statt dessen Wirtschaftler eingeführt wissen wollte. Smuts hat im Januar ein sehr herbes Urteil über die Reparationskommission gefällt, sie als einen Ableger des französischen Auswärtigen Amtes bezeichnet. Und die Erfahrungen, die wir seit den 4 Jahren des „Friedens" mit dieser Kommission gemacht haben, erfüllt uns auch nicht gerade mit allzu großer Hoffnung darauf, daß nun wirklich unvoreingenommene, rein wirtschaftlich urteilende Sachverständige von dieser Kommission ernannt werden.

Poincaré hat für seine anscheinende „Nachgiebigkeit", zu der er wie gesagt durch den Versailler Frieden einfach verpflichtet ist, aber noch manches andere gefordert. Erstens natürlich, daß die Deutschen in dieser Kommission nichts zu sagen, nur Auskunft zu geben haben. Und daß natürlich vor dem Beginn jeder Kommissionsarbeit der passive Widerstand „vollständig beendet" sein müsse. Wenn das der Fall ist, wird Poincaré selbst entscheiden. Damit auch, wann die Kommission zusammentreten soll. Und schließlich wird die ganze Arbeit dieser Kommission illusorisch gemacht durch die weiteren Bedingungen, daß man Frankreich nichts von dem streichen darf, was ihm laut Londoner Ultimatum zukommt, ja, die Herabsetzung der uns damals auferlegten Summe von 132 Milliarden Goldmark nur durch einstimmige Erklärung der Alliierten erfolgen darf. Die natürlich Folge einer Weigerung Frankreichs niemals erfolgen kann. Auch mit der deutschen Finanzsanierung und Währungsstabilisierung soll sich die Kommission nicht beschäftigen dürfen.

Es bleibt ihr also dann nur übrig, unsere wirtschaftliche Lage zu untersuchen und festzustellen, daß es uns schlecht, unerträglich schlecht geht. Sonst nichts. Dazu bedurfte es gar nicht erst eines solchen feierlichen Apparates, denn das weiß wirklich alle Welt, sogar der offiziell oder inoffiziell hinzutretende amerikanische Vertreter. Das Ganze ist also ein geschickter taktischer Gegenzug Frankreichs gegen das englisch-amerikanische Zusammenspiel, das aus den Veröffentlichungen des Briefwechsels zwischen Curzon und Hughes ersichtlich wurde und in dem ja diese Sachverständigenkommission den Drehpunkt der Diskussion bildete. Sofort springt Poincaré zu, bemächtigt sich des Projekts, dreht es, wendet es, knetet es, formt es um, und am Ende ist ein Gebilde daraus geworden, mit dem auch er heraus einverstanden ist. Und die andern lassen sich kapieren.

Wir fürchten, daß wie immer so auch dieses neue Gebilde der Sachverständigenkommission Poincarés Geist annehmen wird. Und inzwischen hat er hinter diesem taktischen Schleier Zeit genug, seine strategischen Ziele am Rhein und Ruhr zu erreichen.

Dr. M.

Die sächsische Regierung abgesetzt.

Reichsminister a. D. Dr. Heinze Reichskommissar in Sachsen.

Dresden, 29. Okt. Der Herr Reichskanzler hat den Reichsminister a. D. Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Dresden, 29. Oktober. Das Wehrkreiskommando gibt bekannt:

In Ausführung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtages durch den von dem Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar findet ein Zusammentritt des Landtages nicht statt.

Dresden, den 29. Oktober 1923.

Der Militärbefehlshaber:
Müller, Generalleutnant.

* * *

Kurz die Vorgänge:

Die Sächsische Landtagsfraktion mit dem Landesvorstand der Kommunistischen Partei haben an das werktätige Volk Aufforderungen erlassen, in denen es heißt:

„Wir Kommunisten erklären:

Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General.

Wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden.

Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, Faschismus und Aushungerung zu mobilisieren.

Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen.

Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der Aufstellung unzähliger neuer Hundertschaften, das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten."

Das hat den Geduldsfaden der Reichsregierung anscheinend zerrissen. Folgende heute vorliegenden Meldungen zeigen, daß der Konflikt Berlin—Dresden den höchsten Grad der Zuspitzung erreicht hat.

Berlin, 27. Okt. Der Reichskanzler hat den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung anerkenne. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des morgigen Tages erwarte und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung ihrer Aufforderung sofort ergreifen werde.

Sachsen will nicht.

Das sächsische Gesamtministerium hat daraufhin beschlossen:

„Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor. Rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen."

Ein Reichskommissar für Sachsen?

Die halbamtliche Antwort des Reichs vom 28. Oktober:

Der Reichspräsident hat durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die sächsische Regierung dieses an Deutlichkeit nichts übriglassenden Hinweises gegenüber verhält. Die Berechtigung des Reiches scheint klar gegeben zu sein im Artikel 48 der Weimarer Verfassung, welcher lautet: **„Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder nach den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten."** — Das ist nun geschehen.

Die Separatisten am Rhein.

„Abenteurer und Verbrecher."

Der Vertreter der Londoner „Times" berichtet aus Krefeld, er habe im dortigen zerstörten Rathaus die ungenierte Bestätigung von den Lippen der Separatisten erhalten, daß die separatistische Bewegung nur ein Versuch sei, die Rheinlande von Deutschland durch Verwendung berufsmäßiger Abenteurer und von Pöbel, meist Verbrechern, loszureißen. Der „Times"-Mitarbeiter schreibt: Es gibt in dieser Stadt Hunderte von Männern vom allerschlimmsten Verbrechertyp. Der Führer erklärte mir, daß er ein berufsmäßiger Banditenführer ist. Er erklärte, er habe nichts mit Politik zu tun. Er sei kein Deutscher, sondern ein französischer Untertan polnischer Geburt. Er sei vor drei Wochen nach dem Rheinland gebracht worden, um diese Sache mit Gewalt durchzuführen und sei zum Oberbefehlshaber der „fliegenden Rheinarmee" gemacht worden.

Proteste aus Aachen.

Von der Aachener Bevölkerung wird eine Erklärung veröffentlicht, in der auf die gegen den Willen der Bevölkerung von einer „Gruppe stadtfremder und volksfeindlicher Gesellen" mit Unterstützung der Besatzungsmacht erfolgte Ausrufung der sogenannten Rheinischen Republik hingewiesen wird. Alle Konfessionen und Weltanschauungsgruppen, die wirtschaftlichen und sozialen Organisationen, vor allem die Arbeiter- und Beamtenschaft aller Richtungen sowie die vereinigten Frauenvereine der Stadt erheben gegen diese ungeheure Vergewaltigung vor dem Forum der gesamten Welt flammenden Protest. Die Aachener Zeitungen erklären, daß wegen der Bedrückung durch Sonderbündler und Belgier ihr Erscheinen eingestellt wurde.

Ein Rheinland-Ausschuß.

Im Anschluß an die Hagener Verhandlungen mit den Wirtschaftsvertretern und Parteiführern ist ein fünfgliedriger Ausschuß eingesetzt worden, der für die Fragen des besetzten Gebietes zuständig sein soll. Er soll die feste Verbindung mit den Stellen der Reichs- und Landesregierung unterhalten, besonders, um erfolgreich die separatistische Bewegung abwehren zu können.

Amerikanisches Getreide für Deutschland

30 Millionen Zentner.

Eine Gruppe von amerikanischen Getreidehändlern unterbreitete dem Präsidenten Coolidge den Plan eines Verkaufs von 50 Millionen Bushels (1 Bushel etwa 60 Pfund) Weizen an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenbauern einen Verdienst zu verschaffen und andererseits Deutschland in seinen Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Die Getreidehändler befürworteten, daß der Kauf dieser 50 Millionen Bushels durch Wechsel geschieht, die von der Kriegsfinanzkorporation ausgestellt werden sollen. Deutschland werde eine Zahlungsfrist von zwei Jahren und mehr eingeräumt werden. Dem Vernehmen nach bringt Präsident Coolidge dem Plan warmes Interesse entgegen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF